

Rundbrief Nr. 1

Fürther Komitee gegen Rechtsradikalismus

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir haben auf dem letzten Treffen einen Text für einen Aufruf zur Diskussion gestellt. Für diesen Aufruf wollen wir Organisationen und Einzelpersonen als Unterzeichner gewinnen. Bitte diskutiert diesen Text und macht Änderungsvorschläge. Am Mittwoch den 17. Mai wollen wir den endgültigen Text fertigstellen.

Fürth, 27.4.89

ENTWURF

KEINE NAZIS IN DIE PARLAMENTE!

Die Wahlerfolge der Republikaner in Berlin und der NPD in Hessen sowie der DVU-Liste D in Bremen haben die Dringlichkeit einer gemeinsamen Bewegung gegen Rechtsradikalismus und Neofaschismus deutlich gemacht.

Deshalb hat sich auch in Fürth ein "Komitee gegen Rechtsradikalismus" gebildet. Auf der Gründungsveranstaltung haben 16 Organisationen ihre Bereitschaft erklärt, gemeinsam gegen Rechtsradikalismus und Neofaschismus aufzutreten.

Das Fürther Komitee ist ein Aktionsbündnis mit dem Ziel, die Öffentlichkeit über die Gefahr des Rechtsradikalismus und Neofaschismus zu informieren und Aktionen dagegen gemeinsam zu organisieren. Die Verantwortung aller demokratischen Organisationen und Parteien ist dadurch nicht aufgehoben. Sie müssen die sozialen Wurzeln des Rechtsradikalismus bekämpfen und klarmachen, die rechtsradikalen Parteien sind keine wählbaren Alternativen.

Die Wahlerfolge und der Zulauf der rechtsradikalen Parteien sind Ausdruck einer politischen Entwicklung, die durch die rechte Wendepolitik der Bundesregierung ihren Vorschub erhalten hat. Dringende wirtschaftliche, vor allem soziale und ökologische Probleme, werden von den herrschenden Politikern nicht ernsthaft gelöst und soziale und demokratische Rechte sogar abgebaut. Wohnungsnot, zu hohe Mieten, Arbeitslosigkeit, niedrige Renten und Angst vor dem sozialen Abstieg sind keine Schlagwörter, es sind reale Probleme und Nöte der Bevölkerung.

Insbesondere junge Menschen erfahren, daß ihre Zukunft gefährdet ist. Auf der Suche nach Lebenszielen und Auswegen preisen sich die politischen Rattenfänger von rechts als Alternative an. Die Rechtsradikalen und Neofaschisten haben ihr Vorgehen und ihre politischen Aussagen "modernisiert". Sie arbeiten in westeuropäischem Maßstab organisiert zusammen. Ihre Fraktion im EG-Parlament ist zu einem beängstigenden Faktor geworden.

Eine Schande wäre es, wenn aus der Bundesrepublik diese Fraktion durch deutsche Rechtsradikale und Neofaschisten bei den anstehenden EG-Wahlen gestärkt würden. Außerdem würden durch die Wahlkampfkostenrückerstattung Millionen unserer Steuergelder in die Propaganda des braunen Sumpf fließen.

Der Versuch der Bewältigung der Krisenentwicklungen mit konservativer Politik trägt objektiv zum anwachsenden Rechtsradikalismus bei. Durch die arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindliche Politik, vor allem die Asylanten- und Ausländerfeindlichkeit dieser Bundesregierung wird im Sinne von extrem rechtsgerichteter Schuldzuweisung von der wirklichen Ursache abgelenkt. In Fürth leben 12000 ausländische Bürger. Sie sind fester Bestandteil unseres Lebens und der Wirtschaft in Fürth.

Die Stadt Fürth und ihre Bürger bemühen sich sehr, daß die Geschichte ihrer jüdischen Mitbürger und ihre brutale Ausrottung durch die Nazis nicht vergessen wird. Wir meinen, Fürth hat eine besondere Verantwortung, eine breite Bewegung gegen das Auftreten neuer Rechtsradikaler und Neonazis in unserer Stadt zu entwickeln. Es wäre fahrlässig, die vielen Wähler der rechtsextremen Parteien pauschal als Neofaschisten abzustempeln, da schließlich die rechte Politik, die nicht in der Lage ist, ihre sozialen Probleme zu lösen, sie zu diesem Protest getrieben hat. Unsere politische Alternative ist eine Politik, die der Demagogie der Rechtsradikalen und Neofaschisten den Boden entzieht.

Das heißt:

Wir wollen ein multikulturelles Zusammenleben und Beteiligung aller an demokratischen Vorgängen, u.a. das kommunale Wahlrecht für Ausländer, statt Ausländerfeindlichkeit und einer Verschärfung des Asyl- und Ausländerrechts.

Wir wollen die Sicherung menschlicher Grundbedürfnisse wie Bildung, Wohnraum, Arbeit und Chancengleichheit für alle, statt Armut, sozialer Ausgrenzung und sozialer Verunsicherung.

Wir wollen den Abbau von Feindbildern, Versöhnung und Zusammenarbeit mit allen unseren Nachbarn, statt Aufrüstung, Ausbeutung der Dritten Welt und Umweltzerstörung.

Wir fordern den Fürther Stadtrat auf:

- den Rechtsradikalen und Neofaschistischen Organisationen und Parteien dürfen keine städtischen Räume zur Verfügung gestellt werden;
- sich öffentlich gegen die Hetze und Demagogie der rechtsradikalen und neofaschistischen Parteien, besonders gegen die Ausländerhetze und für das kommunale Wahlrecht für Ausländer auszusprechen.

Wir appellieren an alle Fürther Besitzer von Versammlungsräumen, rechtsradikalen und neofaschistischen Gruppen und Parteien keine Räume zur Verfügung zu stellen.

Wir appellieren an den Fürther Zeitschriftenhandel, keine rechtsradikalen und neofaschistischen Zeitschriften und Zeitungen zu verkaufen.

Wir fordern alle demokratischen Parteien auf, in den Wahlausschüssen gegen die Kandidatur von rechtsradikalen und neofaschistischen Parteien zu stimmen.

WIR APPELLIEREN AN ALLE FÜRTH, DER PROPAGANDA, DEN VERANSTALTUNGEN UND DER KANDIDATUR RECHTSRADIKALER UND NEOFASCHISTISCHER GRUPPEN UND PARTEIEN ENTGEGENZUTRETEN.

UNTERSTÜTZER:

Name der Organisation/ Name des Unterstützer.	Adresse:	Unterschrift:

V.i.S.d.P.: Fürther Komitee gegen Rechtsradikalismus.
C.O.

Walter Bauer	Spiros Garos	Dieter Waffler	Rainer Brendel
Maxstr. 8	Herrnstr. 2	Dr.Schumacherstr. 10	Schnepfenreutherstr. 4b
8510 Fürth	8510 Fürth	8510 Fürth	8510 Fürth
779609	719077	730827	794758

Das nächste Treffen des Fürther Komitees gegen Rechtsradikalismus
findet am **17.Mai um 19.30 Uhr in der**
Griechischen Gemeinde (Ecke Hirschenstr./Marienstr)
statt.

INFORMATIONEN-PRESSE-VERANSTALTUNGSHINWEISE

Komitee gegen Rechtsradikalismus

19.4.1989

PRESSEERKLÄRUNG

Am 8.4.89 protestierten Fürther Antifaschisten gegen ein Treffen der neofaschistischen DVU in der Gaststätte "Schwarzes Kreuz". Es war dazu eine Mahnwache vor dem Rathaus angemeldet.

In skandalöser Weise versucht nunmehr die Polizei/Staatsanwaltschaft strafrechtlich gegen den Versammlungsleiter vorzugehen. Obwohl die Veranstaltung völlig friedlich verlief, soll er wegen eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz bestraft werden. Sein Verbrechen: Die Teilnehmer standen am Anfang auf der falschen Straßenseite. Eine Auflage der Stadt Fürth sei deshalb nicht eingehalten.

Wir sehen darin einen Einschüchterungsversuch aller Antifaschisten und protestieren dagegen auf das Schärfste. Wir fordern die sofortige Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen den Versammlungsleiter Horst Raschke.

Der Fürther Ausländerbeirat veranstaltet am Mittwoch 7. Juni eine Podiumsdiskussion mit Parteien zum Thema: Europa-Binnenmarkt-Bürgerrechte. Grüner Baum, Gustavstr. 19.00 Uhr.

21.4.89
FN-

Manfred Wurzer, Major der Bundeswehr, äußerte sich in einer öffentlichen Versammlung der Republikaner zur Behauptung, seine Partei sei ausländerfeindlich. Wurzer betonte, daß zu unterscheiden sei zwischen Aussiedlern, Gastarbeitern und Asylanten. Gastarbeiter, die mehr als zehn Jahre in Deutschland lebten, sollten die Chance erhalten, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten. Allerdings seien bis heute nur acht Prozent der Gastarbeiter dazu bereit. Im Prinzip sprechen sich die Republikaner für eine Ausländerpolitik entsprechend dem Schweizer Modell aus, doch strebe man nicht an, zum Beispiel qualifizierte ausländische Facharbeiter aus der Bundesrepublik zu vertreiben.

Helmut Pastel bleibt Kreisvorsitzender der NPD in Fürth. Seine Stellvertreter sind **Knut Behrens** und **Peter Schlegel**. Als Beisitzer wurden **Reinhard Erbel**, **Peter** und **Christine Gantner** und **Christian Kopp** nominiert. Die NPD wird mit einer eigenen Liste an der Stadtratswahl 1990 in Fürth teilnehmen.